vinetur

China setzt Aussetzung von 24-Prozent-Zöllen auf US-Waren bis zum 10. Januar 2027 fort

Die begrenzte Entlastung erhält einen Teil der Handelspause vom September aufrecht. Peking hält an einem zusätzlichen Zoll von 10 Prozent fest.

Montag, 9. November 2026



China teilte am Montag, dem 9. November, mit, die Aussetzung zusätzlicher Zölle von 24 Prozent auf US-Waren sowie besonderer Hafengebühren für Schiffe mit US-Bezug bis zum 10. Januar 2027 zu verlängern. Damit bleibt ein Teil der Handelspause erhalten, auf die sich Peking und Washington im September geeinigt hatten.

Die Verlängerung tritt am Dienstag, dem 10. November, in Kraft und gilt für zwei Monate, erklärte die Zolltarifkommission des chinesischen Staatsrats in einer Mitteilung. Die Maßnahme diene der Umsetzung des bei einem Treffen in Washington erzielten Konsenses zwischen Chinas Präsident Xi Jinping und US-Präsident Donald Trump.

Peking erklärte, die Verlängerung der Handelspause solle Unternehmen aus beiden Ländern ein relativ stabiles und berechenbares politisches Umfeld bieten. Zugleich teilte China mit, an einem zusätzlichen Zoll von 10 Prozent auf US-Waren festzuhalten. Damit bleibt die Entlastung begrenzt und stellt keine vollständige Rücknahme der Handelsstrafen dar.

Die Ankündigung hält eine teilweise Deeskalation in einer der wichtigsten Handelsbeziehungen der Welt aufrecht, während beide Regierungen weiterhin umfassendere Streitfragen zu Marktzugang, strategischen Branchen und Exportkontrollen abwägen. Für Unternehmen, die auf regelmäßige Lieferungen über den Pazifik angewiesen sind, beseitigt die Entscheidung zumindest für weitere zwei Monate das unmittelbare Risiko, dass die ausgesetzten Maßnahmen wieder in Kraft treten.

Auch für den Getränkhandel könnte das von Bedeutung sein. US-Weinexporteure, die beispielsweise nach China verkaufen, könnten während der Aussetzung mit einem berechenbareren Umfeld für Lieferungen und Preise rechnen. Die Aussetzung der hafenbezogenen Gebühren könnte zudem das Risiko neuer Transportkosten begrenzen. Der mögliche Vorteil bleibt jedoch teilweise bestehen, da der zusätzliche Zoll von 10 Prozent weiterhin gilt.

China verband die Verlängerung mit einer Warnung an Washington. Die chinesische Regierung erklärte, sie habe wiederholte Äußerungen der USA zur Kenntnis genommen, wonach Zölle, die von Gerichten aufgehoben wurden, durch andere

Handelsmaßnahmen ersetzt werden könnten. Peking werde die Schritte der USA genau verfolgen und seine eigenen Vergeltungszölle gegebenenfalls anpassen.

In getrennten Mitteilungen erklärte das chinesische Handelsministerium, die Maßnahmen gegen 11 US-Unternehmen auf Chinas Liste unzuverlässiger Unternehmen und 16 US-Unternehmen auf der Exportkontrollliste ebenfalls bis zum 10. Januar 2027 weiter auszusetzen. Auch die Maßnahmen gegen fünf mit den USA verbundene Tochtergesellschaften von Hanwha Ocean blieben bis zu diesem Datum ausgesetzt.

Das Ministerium erklärte außerdem, China werde Ausnahmen von Exportkontrollen für bestimmte kritische Mineralien sowie für einige Technologien und Anlagen zur Verarbeitung dieser Rohstoffe verlängern. China hat Exportbeschränkungen für wichtige industrielle Vorprodukte als Teil seiner umfassenderen Wirtschaftspolitik und als Druckmittel in Auseinandersetzungen mit großen Handelspartnern eingesetzt.

Chinas Verkehrsministerium teilte gesondert mit, besondere Gebühren für das Anlegen US-amerikanischer Schiffe bis zum 10. Januar 2027 weiter auszusetzen. Bis zu diesem Datum werde zudem eine Untersuchung zur Sicherheit der Lieferketten in der maritimen Logistik und im Schiffbau ausgesetzt. Diese Schritte entlasten nicht nur Schifffahrtsunternehmen, sondern auch Importeure und Exporteure, denen bei einer Wiedereinführung der Gebühren höhere Logistikkosten entstanden wären.

Die jüngsten Entscheidungen folgen auf den Gipfel zwischen Xi und Trump in Washington, der mit einer Vereinbarung endete, Zölle auf bestimmte Produkte um insgesamt rund 60 Milliarden Dollar zu senken, gleichmäßig aufgeteilt mit jeweils 30 Milliarden Dollar pro Seite. Die von der Vereinbarung erfassten Produkte reichten von chinesischem Spielzeug und Haushaltsgeräten bis hin zu US-Fleisch, Getreide, Kohle und medizinischer Ausrüstung.

Die beiden Regierungen vereinbarten außerdem, bilaterale Arbeitsgruppen zu Handels- und Investitionsfragen einzurichten und über künstliche Intelligenz zu beraten. Diese Kanäle sollten die Gespräche in Gang halten, auch wenn das Verhältnis insgesamt angespannt bleibt.

Die Ankündigung vom Montag deutet darauf hin, dass beide Seiten weiterhin einen Nutzen darin sehen, eine kontrollierte Handelspause aufrechtzuerhalten, obwohl viele Strafmaßnahmen bestehen bleiben und neue Vergeltungsschritte möglich sind. Die Wortwahl Chinas machte deutlich, dass Peking die derzeitige Vereinbarung als bedingt betrachtet und weitere US-Zollmaßnahmen eine Reaktion auslösen könnten.

Vorerst gibt die Verlängerung Unternehmen aus der verarbeitenden Industrie, der Landwirtschaft, der Schifffahrt und dem Konsumgütersektor einen klareren zeitlichen Rahmen. Sie zeigt außerdem, dass Peking und Washington trotz anhaltender Spannungen weiterhin bereit sind, mit befristeten Aussetzungen und eng begrenzten Ausnahmen eine stärkere Eskalation der Handelskosten zu verhindern.